

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

<p>Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.</p>	<p>Redaktion und Expedition: Leipzig Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus Telephon 7505</p>	<p>Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige Reizzeile oder deren Raum berechnet. - Inserate werden nur gegen vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.</p>
--	---	---

Nr. 11. Sonnabend, den 17 März 1917. 21. Jahrgang.

Forderungen und Wünsche der deutschen Steinindustrie nach dem Kriege.

Die „Deutsche Steinsäger- und Straßenbauer-Zeitung“ druckt einen gleichnamigen Artikel aus der Zeitschrift „Der Steinbruch“, der sehr viel Beachtung verdient und sicher auch manches Gute enthält, den sie aber u. G. doch nicht ganz ohne jeden Kommentar hätte übernehmen dürfen. Der Artikel ist bereits am 15. Dezember erschienen, und es ist eigentlich verwunderlich, daß der fehlende Kommentar inzwischen nicht wenigstens aus den Reihen derjenigen Leser des Blattes gekommen ist, für das es in erster Linie bestimmt ist: der Steinsäger- und Pflastermeister.

Es handelt sich in dem Artikel namentlich um den Abschnitt Kleinpflastersteine.

Hierzu besagen die „Forderungen und Wünsche“ folgendes: Seit einigen Jahren werden die Kleinpflastersteine in immer besserer und gleichmäßiger Beschaffenheit verlangt, so daß der Unternehmer fast nur noch das beste Gestein und von seinen besten Arbeitern bearbeitet liefern darf, wenn er eine glatte Abnahme haben will. Natürlich sind diese Steine auch entsprechend teurer und steigen fortwährend im Preise, eben wegen der sich immer weiter steigenden Ansprüche. Hier möchte Verfasser darauf hinweisen, daß die Baubehörden nach seiner Meinung auf einem falschen Wege sind, wenn sie annehmen, durch Verwendung immer besserer Steine auch ein besseres Pflaster zu erzielen. Der verdienstvolle Erfinder des Kleinpflasters, Baurat Gravenhorst, hatte bei seiner ersten Pflasterung vor 30 Jahren durchaus keine gut geschlagenen Steine benutzt und auch nicht benutzen können, weil gelübte Schläger damals nicht vorhanden waren, und doch liegt diese bei Stadel verlegte Kleinpflasterdecke noch heute tadellos da, jedenfalls nicht schlechter, als manche erst in den letzten Jahren mit teuren Steinen gepflasterte Straße. Das ganze Geheimnis der guten Haltbarkeit liegt darin, daß die Steine sehr sorgfältig verpflastert wurden. Heutzutage werden aber oftmals teure Steine gekauft und dann demjenigen Pflastermeister zur Pflasterung überlassen, welcher das billigste Angebot macht. Es würde zweckmäßiger sein, wenn man wie oben erwähnt, nicht so strenge Anforderungen an die Steine stellt und dieselben billiger bezieht, während man andererseits dem Pflastermeister für seine Arbeit zulegt und ihm Raum auf die Finger schiebt, damit er die Steine gut pflastert. Damit ist beiden Teilen geholfen.

Nichtig ist an dem Artikel, daß der Baurat Gravenhorst beim Bau seiner ersten Kleinpflasterstraßen noch kein besonders gleichartiges Steinmaterial zur Verfügung hatte. Das es damals nur in geringen Schlägern gefehlt habe, möchten wir allerdings stark bezweifeln. Jedenfalls hat der Verfasser dieser Zeilen schon vor 30 Jahren mit Steinsägern zusammengegearbeitet, die sehr wohl fähig gewesen wären, einen regelrechten Kleinpflasterstein herzustellen, wenn es von ihnen verlangt worden wäre. Aber darauf kommt es nicht an. Auch das beweist noch nichts, daß die von Gravenhorst damals hergestellten Straßen heute noch in verhältnismäßig gutem Zustande sein sollen. Wenn man sich über die Dauer und Haltbarkeit dieser Straßen ein einwandfreies Urteil bilden will, muß man Stärke und Art des Verkehrs, der sich auf diesen Straßen abwickelt, genau kennen und ihn vergleichen mit dem auf Straßen, die sich nicht so gut gehalten haben.

Selbstverständlich hatten auch wir eine sorgfältige Arbeit beim Verlegung der Steine für erforderlich und selbstverständlich. Aber damit allein ist es nicht getan. Auch an das Material muß ein gewisses Maß von Anforderungen gestellt werden, namentlich muß dasselbe möglichst gleichmäßig in seinen Ausmaßen sein. Mit ungleichmäßigem Material läßt sich keine dauernd haltbare Straße herstellen, sofern diese einer starken Benutzung unterliegt. Das ist ganz besonders für die Fälle, in denen das Kleinpflaster auf den alten (daufersten) Unterbettung verlegt werden soll; das ist hier auch bei einer neuen Unterbettung von erheblicher Bedeutung. Wenn Kleinpflaster vorchriftsmäßig verlegt werden soll, dann darf namentlich die lose Kiesfläche unter dem einzelnen Stein nicht höher als zwei Zentimeter sein. Danach muß die feste Unterbettung von vorher ein gerichtet werden! Je ungleichmäßiger nun die Steine in ihrer Höhenmessung sind, um so verschwiebener wird natürlich die Zwischenräume zwischen der Fußfläche der Steine und der festen Unterbettung ausfallen. Dieser Unterschied läßt sich durch Bettungsmaterial nicht ausgleichen: Ein Stein, der nur einen Zentimeter Bettungsmaterial unter sich hat, wird erheblich fester stehen als ein solcher mit drei Zentimeter Zwischenraum. Dieser Unterschied in der Tragfähigkeit kann durch das Rammen beim Befüllen nicht ausgeglichen werden. Unterleits wird ein stark verengter Stein in eine neue Unterbettung sich leichter hineindrücken als ein solcher mit geringer Verengung.

Nun sind bekanntlich auch die besten heute gefertigten Kleinpflastersteine nicht von einheitlicher Höhe. Sie variieren zum mindestens um einen Zentimeter. Dieser Unterschied wird bei gewissen Arbeit — dadurch ausgeglichen, daß die Steine vor dem Verlegen sortiert und die niedrigeren an die Seiten der Straße verlegt werden. Das geht aber doch nur, solange und sofern es sich um geringe Abweichungen handelt. Sind die Unterschiede gar zu zahlreich und mannigfaltig, dann besteht die Gefahr, daß die verschiedenen Größenklassen beim Verarbeiten durcheinander geraten, und mit ihr die Haltbarkeit der Straße sojald in Frage gestellt. Wenn an aber dem Pflasterer zumuten wollte, daß er jeden einzelnen Stein, bevor er ihn verlegt, auf seine Höhe prüft, dann würde das die Leistungsmöglichkeit selbstverständlich erheblich einschränken, es wiederum zur Folge hätte, daß die Arbeit erheblich verteuert würde. Wenn aber doch schon ein höherer Preis angelegt werden soll, um ein in jeder Hinsicht gutes und haltbares Pflaster zu erhalten, dann ist es doch unter allen Umständen richtiger, man verwendet etwas mehr auf das Rohmaterial, d. h. man bezieht nur solches, das möglichst sauber und gleichmäßig gearbeitet ist. Denn bei der größten Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt wäre es bei ungleichmäßigem Material nicht zu vermeiden, daß hier und dort ein höherer Stein unter die höheren Steine geriet und ein einzelner solcher Stein, bei nach der Seite

bettung hin nicht den genügenden Widerstand hat, genügt ja bekanntlich schon, um in kurzer Zeit ein „Schlagloch“ entstehen zu lassen, das eine Ausbesserung des Pflasters erfordert, die, selbst wenn sie sofort geschieht, dem Aussehen und der Haltbarkeit des Pflasters nicht förderlich ist, und, wenn sie längere Zeit übersehen oder vernachlässigt wird, ständige Ausbesserungen nach sich zieht — und wiederum hohe Ausgaben verursacht.

Wir sind auch der Ansicht, daß sich mit den modernen Steinpflastermaschinen ein sehr gutes Kleinsteinsmaterial zu erträglichen Preisen liefern läßt. Der „Steinschläger“ allerdings ist dabei nicht konkurrenzfähig; aber wir können uns auch nicht gut vorstellen, daß ein einigermaßen leistungsfähiger Steinbruchbetrieb heute noch Kleinpflastersteine von Hand herstellen ließe — es sei denn, man wolle solche aus Abfällen herstellen lassen. Aber das ist dann keine rationelle Herstellungsweise mehr, und dafür soll man doch die deutschen Straßen nicht bluten lassen.

Wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß auch die deutsche Steinindustrie ein sehr großes Interesse daran hat, den deutschen Straßenbau nach dem Kriege nach Möglichkeit zu fördern, und ganz besonders die Verwendung des Kleinpflasters. Das kann aber nur geschehen, wenn sie das denkbar beste Material dazu liefert, weil dieses allein auch das billigste ist.

Nur den tausendsten Teil . . .

Was jetzt die Menschheit an Leiden und Entbehrungen, an Sorgen,ummer und Kraftaufwand tragen muß, das läßt sich überhaupt nicht erfassen. Man sieht nur dumpf, daß es eine Unsumme von seelischer und körperlicher Energie ist, die wir ausgeben. Von der weinenden Mutter, die wegen des Schicksals ihres einzigen Sohnes qualvolle Stunden durchlebt, bis zu dem im Todeskampf zuckenden Krieger draußen auf blutgetränkter Erde ist eine so unendlich große Spanne, daß jeder Haßstab verlagert. Ganz zu schweigen von den körperlichen Entbehrungen, dem mangelhaften Kräfteersatz der Menschheit, die nur ungenügend erneuert kann, was die Last des Tages, die gespannte Nervenarbeit, die gesteigerte Ausgabe von Arbeitskraft verlangt. Wohin wir blicken, übersehen wir ein Meer von opfernden Weibern; es ist ein gewaltiges Zusammenfließen aller entseelten Kräfte, um die Feinde vom Lande fernzuhalten. Dabei sind wir noch nicht am Ende dieser riesigen Anstrengungen; jeder Tag bringt uns etwas Neues. Was uns gestern noch als unwahrscheinlich dünkte, über das wir vorgestern noch die Hände über dem Kopf zusammenschlugen, das wird morgen zum Geletz. Wir gehen ahnungslos aus dem Hause, um schon an der nächsten Anschlaglinie eine neue Einschränkung zu lesen. Im Felde gibt es bekanntlich das Wort „Unmöglich“ überhaupt nicht. Alle wissen, wessen der Mann vor dem Feinde fähig ist; wir staunen, was geleistet wird.

Mit diesem Schmerz denkt man an die Zeiten zurück, da wir die Menschheit zur Arbeit im Dienste der Arbeiterbewegung aufriefen. Viele kamen, aber Ungeahnte blieben in den kleinsten Bezirken zurück. Nicht etwa, weil ihnen der Gedanke fremd, sondern weil die Trägheit leider zu recht über Gewohnheit geworden war. Allerlei Ausreden hörten unsere Führer, wenn zum Kampf aufgerufen wurde. Dabei hätten wir nicht den tausendsten Teil des Kraftaufwandes gebraucht, der heute erforderlich ist, die Menschheit glücklich zu machen. Dahingestellt sei, ob es nicht möglich war, dieses Blutmeer zu verhitzen; aber soviel ist mit unbedingter Sicherheit zu sagen, daß die ganze Welt anders geworden wäre: freier und glücklicher . . .

Welche ungeheuren Summen werden heute mit kalter Entschlossenheit ausgegeben. Milliarden um Milliarden häufen sich im Schuldbuch. Da ist keine Ende abzusehen. Noch immer rollt das Geld freiwillig auf den Altar des Vaterlandes; es wird noch lange nicht verfliegen. Genau die gleichen Summen werden flüssig, sobald einmal ein gelinder Druck oder Zwang erforderlich ist. Hier gilt das Wort „Unmöglich“, ebensowenig wie draußen. Immer höher steigt die Flut der Unleihen. Aber die Gelehrten verschämen uns, daß „erst“ der sechste Teil des Nationalvermögens verpulvert, verbrannt, verwirft worden ist, und daß wegen Mangel an Geld, wegen Unterbindung der Zahlungen dieser Krieg nicht beendigt zu werden braucht. Heute bringt selbst der Minderbemittelte dem Vaterland seinen Groschen; in den Räumen der Sparkassen sieht man die Zeichner der Kriegsanleihen entzittern. Wer kann erfassen, aus welchen Quellen all dieser Geldstrom fließt? Genug, daß er fließt, und er wird sich weiter ergeben, wenn auch die Quellen wecheln.

Mit herbem Gefühl denkt man an die Zeiten zurück, in denen sich jeder Tropfen Sozialpolitik um einen Fels von Widerstand seinen Weg bahnen mußte, fast alle Forderungen aus Arbeiterkreisen regelmäßig ein „Unannehmbar“ der Regierung fanden, ganz zu schweigen von dem Wutgeschrei der Unternehmer. Immer wurde den Wünschen des Volkes entgegengehalten, der Staat könne die finanzielle Belastung nicht tragen.

Nur den tausendsten Teil dessen, was dieser Weltkrieg schon verschlungen hat, hätten wir gebraucht, um geradezu ideale Zustände zu schaffen. Wenn man bedenkt, was für Wennigjucherei bei der Invalidenversicherung, bei den Unfallrenten, der Kriegsbeschäftigtenfürsorge usw. oft getrieben wird und dann hört, wie heute an einem Tage das Vielfache dessen verschlossen wird, so überkommt uns ein sonderbares Gefühl. Ob das in Zukunft wohl anders wird?

Weiter schweift unser Blick. Mit kurzen Worten werden heute Gesetze diktiert, die das bürgerliche Leben durcheinanderwerfen wie der Sturm die Wellen. Verordnungen lernen wir kennen, die über die Erziehung ganzer Volksmassen hinweggehen, die mit einem Federstrich Jahrhunderte alte Rechte auslöschen und neue Bestimmungen an deren Stelle setzen. Der Mensch wird herausgehoben aus den althergebrachten Anschauungen; ein Kriegsgesetz, das zugeschnitten ist auf die Bedürfnisse der blutigen Zeit, übernimmt die Ordnung des Staates.

Mit gemischten Gefühlen schauen wir hinter uns auf die Tage, da wir um die kleinste Verbesserung der Gesetze bitter kämpfen mußten, wo man uns mit Reden totschlug, die beweisen sollten, daß jede von uns vorgeschlagene Änderung die Revolution im Gefolge habe. Wo wir durch ein Jahr um Jahre leiden mußten, und all die Verfolgungen ertrugen, die dieses Festhalten an Vorkämpers Sausatz mit sich brachte.

Nur den tausendsten Teil der seelischen Bewegungsfreiheit, die heute hätten wir im Frieden gebraucht, um uns mehr Leben,

Licht und Luft, mehr Freiheit und größere Freude zu verschaffen. Aber es wurde festgehalten am Althergebrachten, nichts durfte geändert, nichts nachgegeben werden.

So könnte man fortfahren mit Hunderten von Beispielen, um immer und immer wieder zu zeigen, wieviel möglich ist, wenn der Zwang und die eiserne Pflicht an uns herantritt, wie gering schließlich alle Schwierigkeiten sind, wenn die harte Notwendigkeit über uns kommt, sie zu ertragen.

Warum wir das alles anführen? Um unsern Kollegen zu zeigen, wie wenig willenskräftig wir waren, wie sehr wir uns von kleinlichen Beschränkungen und Hindernissen abhalten ließen. Sehr zu unserm Schaden; denn jetzt sehen wir, es kein „Unmöglich“ gibt, wenn die Verhältnisse es erfordern. Daraus muß sich schließlich die heilsame Lehre ergeben, später mit der gleichen Kraftanstrengung, wie heute unsere Soldaten, zu der jeder von uns seinen Teil beiträgt, für unsere Bewegung einzutreten. Die dahel sind, mögen schon jetzt damit beginnen, ihren Kameraden an der Front nachzusehen. Wenn wir den tausendsten Teil des Willens, auf allen Gebieten siegreich zu sein, aufbringen für unsere Zwecke, dann wird es auch uns am Erfolg nicht fehlen.

Der Vater Staat wird seine Ausreden in Zukunft unterlassen müssen. Das Märchen von der Unmöglichkeit einer gesetzlichen Aenderung, von finanzieller Undurchführbarkeit und was sonst noch stierhergehört, wird so leicht nicht mehr geglaubt werden. Hoffentlich lernen beide Teile; dann kann manche Ungerechtigkeit und Unbilligkeit aus der Welt geschafft werden.

Der Grenadier von Königgrätz.

Der Nr. 48 vom 20. Februar der „Breslauer Volkswacht“ entnehmen wir folgende treffliche Ausführungen zu dem preussischen Dreiklassenwahlrecht:

In einer Diskussion zwischen dem „Vorwärts“ und der „Kreuzzeitung“ ist ein Loler vom Schloße auferstanden, der fortan seinen Platz im öffentlichen Leben kräftig behaupten wird.

Daß der „Vorwärts“ auf die traffe Ungerechtigkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts hingewiesen hatte, das den Kriegsteilnehmer entzweigt und den Kriegswunderer bevorzugt, das hatte die „Kreuzzeitung“ als „plumpe Demagogie“ bezeichnet. Der „Vorwärts“ revidierte sich dafür, indem er aus den preussischen Wahlrechtsabstimmungen des Jahres 1886 folgenden Ausspruch des damaligen Chefredakteurs der „Kreuzzeitung“ Hermann Wagener, ausgrub:

Ich meine, ich will lieber einem Grenadier, der jetzt mit dem Militärdienst von der Schlacht von Königgrätz zurückkommt, das allgemeine direkte Wahlrecht einräumen, als von irgendeinem beliebigen Krämer in der Hofengasse zwei Wahlmänner ernennen lassen.

Der „Vorwärts“ fordert die „Kreuzzeitung“ auf, den Ausspruch ihres ehemaligen Leiters nachzubringen. Dieser Aufforderung ist aber die „Kreuzzeitung“, wie zu erwarten war, nicht nachgekommen, sondern sie redet sich kläglich in die Sacke herum, indem sie erklärt, dem Grenadier von Königgrätz sei ja das allgemeine Wahlrecht im Reiche geworden, in Preußen sei das aber etwas ganz anderes, und heute würde Wagener, wenn er noch lebte, nicht mehr für die Uebertragung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf Preußen eintreten.

Was Hermann Wagener, wenn er noch lebte, heute tun würde, das wissen wir nicht. Wir wissen nur, wie seine Nachfolger denken. Aber was sagt wohl der „Grenadier von Königgrätz“ und was sagen seine Nachfolger dazu, daß es in Preußen-Deutschland eine Partei gibt, die zu ihrem eigenen Vorteil die Schmach des Dreiklassenwahlrechts bis über den Weltkrieg hinaus reiten möchte? Ueber die Herrlichkeit dieses konservativen Lieblings sind schon Bände geschrieben worden. Aber ein neues Beispiel, das die bevorstehende Landtagswahl am 11. Berliner Wahlkreise liefert, wirkt in diesen Tagen der Schlingengrabengemeinschaft besonders frappant. Da gibt es z. B. einen Bezirk in der Berliner Triftstraße, wo man 21 170 Mk. Steuern zahlen muß, um in der ersten Klasse wählen zu können, während in den Nachbarkäufern schon ein Betrag von 156 Mk. genügt, um den Wählern das gleiche Privileg zu sichern. In einem Teil der Scheererstraße kostet das Wahlrecht erster Klasse 18 523 Mk. Steuern, in einem andern Teil derselben Straße 114 Mk. In der Brüsseler Straße gehört ein Teil der Wähler mit 114 Mk. Steuern bis einschließlich zum Buchstaben K zur zweiten Klasse, der andre Teil zur dritten Klasse. Man kann also unter dem idealen preussischen System ein besseres Wahlrecht haben, wenn man Lohn heißt, als wenn man Lehmann heißt.

Aber diese Lächerlichkeiten sind nicht das Aufreißende an dem Berliner Fall.

Hier wird sich unfres Wissens zum erstenmal der Skandal ereignen, daß invalide heimgekehrte Kriegsteilnehmer wegen ihrer geringen Steuerleistung in eine niedrigere Wählerklasse verwiesen werden, während Leute, die mit mehr oder weniger zulässigen Mitteln ihr Glück im Kriege gemacht haben, in die erste Wählerklasse aufsteigen.

Wer im Kriege einen Arm oder ein Bein verloren hat, wird als preussischer Bürger dafür noch degradiert.

Wer während des Krieges mit Sped. Schmalz, Feder usw. gehandelt hat und mit leichter Mühe reich geworden ist, der wird dafür als preussischer Bürger befördert! Es wird sogar möglich sein, daß 99 Hundertel aller Kriegsteilnehmer als unterste Glieder in die dritte Klasse verwiesen werden, weil sie während des Krieges keine Steuern bezahlten, während der Kriegswunderer als Erstklassenmann prog.

Soll und kann der Fall, der sich jetzt in Berlin ereignet, nach dem Kriege zur allgemeinen Erscheinung werden, sollen die Nachfahren des „Grenadiers von Königgrätz“ in ihrem preussischen Vaterlande entrechtet sein, während die Nachfahren der bürgerlichen Gründer aus den siebziger Jahren politische Vorrechte genießen? Die „Kreuzzeitung“ hält freilich den Vergleich zwischen damals und jetzt für unzulässig. Und in gewissen Zünne ist er es auch, denn wie sieht die Dimensionen seitdem gewachsen? Wie klein nimmt sich der „Grenadier von Königgrätz“, der mit seinem Militärdienstkreuz aus einem sechsmonatigen Feldzug heimkehrte, aus neben den Kämpfern von der Somme und aus den Marathen, von der Wadd und vom Zereh! Und was waren die Gründer und Kriegsgewinnler der

Schlager und Heibler Jahre für Waisenknaben im Vergleich zu den fruchtbarsten Weltkriegsmillionären der Gegenwart!

Darum wird der Kampf zwischen Recht und Unrecht nach diesem Kriege auch noch in ganz anderen Ausmaßen geführt werden. Millionen werden es sein, die diesmal heimkehren werden. Und diese Millionen sind durch eine 30jährige Arbeit der Sozialdemokratie ganz anders politisch machbar gemacht als ihre Väter, da sie damals aus dem Joch von 1806 und 1870-71 heimkehrten.

Diesem Massendruck werden die Verteidiger eines unhaltbar gewordenen Status desto weniger widerstehen können, je früher er organisiert wird. Der Grenadier von Königgrätz ging in seinen Anführerorden und erzählte Kriegsgeschichten. Der Weltkrieg von 1914 bis 1917 wird andere Formen der Organisation finden, sei es, daß er sich in neuen, auf ganz anderer Grundlage erbauten Verbänden zusammenschließt, sei es, daß er sich der sozialdemokratischen Organisation anschließt, die nach dem Kriege die Vertretung der Soldaten der Kriegsteilnehmer als ihre vornehmste Pflicht betrachten wird. Der Grenadier von Königgrätz soll aber unvergessen bleiben. Seine Gestalt soll im Lande umhergehen und die Gewissen wecken, bis die „Krieger aus der Vergangenheit“ auf ihr schmähliches Verbrechen verzichten.

Gewerkschaften und Lebensmittelversorgung.

Am 21. Februar haben die deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Richtungen in Eingaben an den Reichskanzler und an das Kriegsernährungsamt eine bessere Regelung der Ernährungsverhältnisse gefordert. In der Eingabe an den Reichskanzler wird darauf hingewiesen, daß die Ursachen der völlig ungenügenden Regelung der deutschen Ernährungsverhältnisse während der Kriegszeit nicht nur in der Knappheit an Lebensmitteln, sondern auch in dem Mangel einer strengen Durchführung gerechter Verteilung der vorhandenen Vorräte zu suchen sei. Das Kriegsernährungsamt werde bei der Durchführung seiner Maßnahmen von den Regierungen einzelner Bundesstaaten, besonders vom preussischen Landwirtschaftsminister, zu sehr beengt. Es wird weiter auf die wachsende Sorge und Erbitterung der Bevölkerung wegen dieser Mängel hingewiesen und der Reichskanzler, schon mit Rücksicht auf die Durchführung des Hilfsdienstgesetzes, dringend gebeten, für eine Änderung zu sorgen. Vorge schlagen werden folgende Maßnahmen:

1. Zwischen dem Kriegsernährungsamt und dem Kriegsamt ist eine angemessene Verbindung für das Gebiet der Lebensmittelversorgung herbeizuführen. Im Kriegsamt wird je eine Abteilung für den Heeres- und den Zivildienst an Lebensmittel geschaffen, die die Verhältnisse an den verschiedenen Kriegsernährungsämtern zu überwachen und die Lebensmittelvorräte für die allgemeine Volks- und Heeresversorgung zu beschlagnahmen, zu enteignen und an der Verteilung derselben mitzuwirken.
2. In den Bezirken der einzelnen Generalcommandos sind Unterkamern des Kriegsamts für Lebensmittelbeschaffung zu bilden, auf die das Kriegsamt seine Funktionen übertragen kann, mit der Aufgabe, daß die Verteilung nach den Anordnungen der Zentralstellen zu erfolgen hat. Die Beauftragten des Kriegsamts haben das Recht, jeden Raum, in dem vermutlich Lebensmittel aufbewahrt oder verarbeitet werden, zu betreten und in die Durchführung jedes Betriebes der Erzeugung oder des Vertriebes von Lebensmitteln Einsicht zu nehmen. Sie können die Zurückhaltung oder Weiterverarbeitung von Lebensmitteln verbieten und mit Strafe bedrohen.

Auch in der Eingabe an den Präsidenten des Kriegsernährungsamts wird auf die wachsende Erregung hingewiesen, die sich in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung wegen der unzureichenden Verteilungspolitik bemerkbar macht. Die Verteilung entbehre der strengen und gerechten Ordnung, die bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Bevölkerung unbedingt gefordert werden müsse. Sie begünstige solche Schichten, die ohnehin keinen Mangel an Nahrungsmitteln leiden, und ermögliche es wohlhabenden Kreisen, sich für Geld ausreichende Lebensmittel zu verschaffen zum Schaden der ärmeren Volksschichten. Gewissenlose Elemente unter den Erzeugern wie unter den Verbrauchern fänden sich leicht zusammen, um wegen eines erhöhten Gewinnes oder Genußes das deutsche Volk um einen Teil seiner Nahrung zu betrügen, und die im Kriegsernährungsamt konzentrierte Staatsgewalt sei nicht imstande, diese fortgesetzten Verbrechen an der Nation wirksam zu verhindern, weil einzelne bundesstaatliche Regierungen jeden tieferen Einritt in die landwirtschaftliche Ernährungswirtschaft verhindern. Vor allem stelle sich das preussische Landwirtschaftsministerium schwebend vor die privatwirtschaftlichen Antriebe der Landwirte und führe diesen eine Ausnutzung der Lebensmittel des deutschen Volkes, die das Reich in die größten Gefahren bringen müsse. Der preussische Landwirtschaftsminister sei der Mittelpunkt aller Widerstände in der Lebensmittelversorgung, dessen Falteln mit einer gelunden, ausgleichenden Regelung der Volksernährung im Ariee absolut unvereinbar sei. Die Arbeiter und Angestellten, die allezeit ihre Kräfte in den Dienst der Landesverteidigung und Kriegswirtschaft gestellt hätten und deren Vertretungen über die Bedürfnisse ihres Volkes wohl unterrichtet seien, müßten gegen die Fortdauer dieser Zustände lebhaften Einspruch erheben und eine Neuordnung der Ernährungsverhältnisse verlangen, die für eine gerechte, aber auch strenge Durchführung der Verteilung der zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel bürgt.

Es werden dann eine Reihe Einzelorderungen erhoben, die sich auf die Verbesserung des Volkes mit den wichtigsten Nahrungsmitteln, auf die Preisgestaltung sowie auf die Organisation der Nahrungsmittelbeschaffung und Verteilung beziehen. Am Schluß der Eingabe, die von den Vorständen der gesamten deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände unterschrieben ist, heißt es: Die deutschen Gewerkschaften und Angestelltenverbände möchten auf das nachdrücklichste darauf bestehen, in der Frage der Kriegsernährung die Dinge so weiter gehen zu lassen. Die Kollegen könnten unbeschadet werden. Die verantwortlichen Mitarbeiter, die bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes überkommen haben, gibt ihnen ein besonderes Interesse darüber zu machen, daß hierher noch nicht durch eine fortwährende, lästige Aufklärung und Aufklärung der hinsichtlich der Kriegsernährung gegebenen Verhältnisse gemäß in Frage gestellt wird.

Wir können nur wünschen, daß den Eingaben die Beachtung geschenkt wird, die sie bei ihrer ungeschwächten Wichtigkeit verdienen, und daß dann so rasch als möglich in ihrem Sinne gehandelt wird.

Korrespondenzen.

Wagen (Weinland). Am 1. April lief der für das Kaiserliche Kriegsministerium gültige Tarifvertrag ab. Im verflochtenen Jahre vor keine Verlängerung um ein Jahr vereinbart worden, so daß der Reichskanzler eine Tarifzulage von zehn Prozent bewilligt werden vor. Man war der Ansicht, daß es durch die Maßnahmen der Arbeiter gelingen dürfte, eine weitestgehende Fortsetzung in der Tarifregelung herbeizuführen. Leider ist dies nicht gelungen, von Tag zu Tag wird alles trüger. Es ist der Tarifvertrag auch die beiden christlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten, wurde über ein gemeinsames Vorgehen bei der Tarifverhandlung eine Einigung erzielt. In einer Schreiben an die Arbeitgeber, den Verein der Kaiserlichen Werke zu Wagen und Umgebung, wurde der Wunsch ausgesprochen, bei Tarifverhandlungen um ein Jahr eine weitere Tarifzulage von 20 Prozent zu gewähren. Dieser sollte dann der Tarif einige Forderungen nachher für die Beibehaltung der sogenannten Säureernte erhalten.

Der Vorstand des Arbeitervereins wurde in der letzten Sitzung genehmigt. Darauf beschloß die Zentralkommission

der drei Organisationen, den Tarif zum 1. April zu kündigen. Von dem Stand der ganzen Angelegenheit wurde der Herr Landrat Dr. Peters in Kenntnis gesetzt, der auch die Kommissionsmitglieder zu einer Aussprache einladet.

Der Herr Landrat hielt in Anbetracht der Verhältnisse eine weitere Tarifzulage für berechtigt, und erbot sich, zum Zweck einer Verständigung nochmals mit den Arbeitgebern Rücksprache zu nehmen. Nach einigen Tagen kam vom Vorstand der Arbeitervereine ein Schreiben, worin die Organisationsleitungen ersucht wurden, den Kündigungsantrag um 14 Tage zu verlängern; sie seien zu Verhandlungen über einen Neuabschluß des Tarifs bereit. Nach einigen Vorbereitungen fanden mit dem Vorstand des Vereins der Kaiserlichen Werke und den Vertretern der drei Organisationen und Mitgliedern der Lohnkommission die Verhandlungen über den Neuabschluß des Tarifvertrages statt. Die Verhandlungen waren von längerer Dauer; schließlich wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Der Tarif wird auf ein Jahr, bis zum 1. April 1918, verlängert. Zu der im vorigen Jahre bewilligten Tarifzulage von 10 Prozent wird noch eine solche von 10 Prozent gewährt. Die Stundenlöhne werden um 30 bis 50 Pfg. täglich, je nach dem Verdienst, erhöht. Bei den Nordsteinen wird pro Iqd. Meter 10 Pfg. Zuschlag bezahlt. Für die Anfertigung der sogenannten Säureernte beträgt der Zuschlag 30 Prozent. Die Preise für Pfastersteine werden ebenfalls um 10 Prozent erhöht, für das sogenannte „Reghauen“ wird pro Iqd. Meter 20 Pfg. bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Der Tarif wird unter Berücksichtigung der Tarifverhandlungen neu aufgestellt und in Druck gegeben.

Am 4. März fand eine sehr stark besuchte Versammlung der in unserem Verbands organisierten Kollegen statt. Gausleiter Herrmann gab den Bericht über die Tarifverhandlung und das Ergebnis der Verhandlungen. Die Lohnkommission habe sich rechtliche Mühe gegeben, um eine höhere Tarifzulage zu erhalten, es sei aber nicht mehr zu erreichen gewesen. Mit der Verteilung der Lebensmittel sei leider noch weiter zu rechnen. Er dankt weiter allen Kollegen, die in der ersten Zeit treu zur Organisation gestanden und in der Gewinnung neuer Mitglieder es ermöglicht haben, daß die Zahlstelle heute wieder über 120 Mitglieder zählt. Zum Schluß gibt er der Hoffnung Ausdruck, daß der Weltkrieg bald beendet werden möge. Nur durch Einigkeit und die Hilfe des Verbandes sei es möglich, zu besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu kommen. Es folgte dann eine lebhafte Debatte, an der sich der Vorsitzende, Kollege Ternek, sowie die Kollegen Braun, Keuler und andre beteiligten. Alle Redner waren der Auffassung, daß die Lohnkommission und der Gausleiter die Interessen der Berufscollegen in nachdrücklicher Weise wahrgenommen hätten. Nachfolgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die heutige, sehr stark besuchte Versammlung nimmt den Bericht über die Verhandlungen mit dem Verein der Kaiserlichen Werke über den Neuabschluß des Tarifvertrages entgegen. Sie stellt fest, daß die neu vereinbarten Tarifzulagen nicht derart sind, daß sie den jetzigen Tarifverhältnissen entsprechen, verkennt indessen auch nicht die Schwierigkeiten, die zur Zeit im Kaiserlichen Werkbereich vorhanden sind. In Anbetracht der vorhandenen Verhältnisse stimmt sie den Vereinbarungen zu und beauftragt die Lohnkommission, den Tarif auf ein weiteres Jahr abzuschließen. Am Punkt Verbandsangelegenheiten gab Kollege Herrmann Auskunft über verschiedene Fragen bezüglich des Hilfsdienstgesetzes. Mit einer Aufforderung an alle Kollegen, über die Einhaltung der neu vereinbarten Bestimmungen des Tarifvertrages genau zu wachen und am tatkräftigen Ausbau der Zahlstellen im Magener Bezirk mitzuwirken, schloß der Vorsitzende die schon verlaufene Versammlung.

Rundschau.

Auszeichnungen. Das Eisene Kreuz, zweiter Klasse erhielt der Kollege Peter Murr aus der Zahlstelle Ebersfeld, der Kollege Th. Wanning aus der Zahlstelle Schmalkalden sowie der Kollege Otto Kämpfer aus der Zahlstelle Brück.

Weissenstadt. (Kriegers Tod.) Einer unsterk tapfersten Vaterlandspartei geht infolge eines bedauerlichen Unfalls in der Heimat am 28. Februar im Saareck zu Hof aus dem Leben geschieden. Kollege Friedrich Schmidt von Weissenstadt zog bei Kriegsausbruch mit dem 10. Infanterieregiment aus Erlangen in den Kampf und leistete in den ersten Schlachten bei Nancy Höchstes, besonders auf einem größeren Erkundigungszuge, wobei alle Ober- und Unterführer gefallen waren, durch zähe Ausdauer gegen einen vielfach überlegenen Feind. Nach Verwundung und Wiedergenesung kam er zum 6. Reserve-Infanterieregiment, das den ersten Ansturm der Feinde in der Sommerfeldschlacht aushielt. Als Freiwiler und Gruppenführer zeichnete er sich aus, daß er des Eisernen Kreuzes würdig befunden wurde. Dann kam sein Truppenteil nach Osten. Im Hochgebirge gegen die Russen kam ihm und seinen Kameraden, die er zu führen hatte, seine Durchhaltbarkeit zugute. Leider wurde Schmidt im November 1916 wieder verwundet, mußte dann eine Zeitlang in Steinhilberingen liegen, bis er in Regensburg und im Pfatter Sanatorium land. Wir beklagen mit den Eltern und Geschwistern den Tod eines tüchtigen Menschen und hervorragenden Soldaten.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 1. März in Mayen auf dem Grubenfeld. Beim Bedienen des elektrischen Krans wurde dem Grubenbesitzer und Eisenernter Jakob Helmes durch das Abwärtswandern der rechte Arm weggerissen. Wir beklagen diesen Unfall um so mehr, da Helmes bei den Kollegen des Magener Grubenfeldes als lauterer, ehrlicher Charakter bekannt ist. Ganz besonders hat er während des Krieges für die Angehörigen seiner Arbeiterfamilie gesorgt. Er war auch einer von den wenigen, welche bei Ausbruch des Krieges ruhig weiterarbeiten ließen, wogegen die meisten Betriebe stillgelegt wurden. Helmes war längere Zeit an der Front und augensichtlich rekonvalesziert.

Zweck Einführung des Eisenbahn-Tariffschlusses für die Zeit auch nach dem Kriege. hat der Zentralverband der Handlungsgeschäfte bei seinen Veranschaulichungen eine Unterschriftensammlung veranstaltet. Über 100 000 Unterschriften sind dem Reichstage bereits übermittelt worden. Der genannte Verband hat auch Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zustimmungen von Inhabern großer und kleiner Geschäfte liegen vor. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Helidentum.

Deutsche Mütter, tapfere deutsche Frauen,
Die ihr Schloß geduldig erste Jentnerlast,
Nängt der neue Tag kaum an zu grauen,
Dendet er getreulich euch am Flag;
Irete Sorge um das Wohl der Euren,
Die im Felde und dahim zu Hans,
Nicht nicht ruhen euch auf welchem Lager,
Freist euch in die harte Aron heraus,
Helidentum, tapfere deutsche Frauen,
Die zu Opfern ihres Ird sind bereit,
Nacht in euren lieblichen Herzen
Auf ein Plätzchen nach für fremdes Leid,
Nacht der Arnen den Raum von eurer Seite,
Nacht er mancher Mutter auch den einzigen Sohn,
Nachtrecht steht ihr, selbst im schwersten Leide;
Vorher trübe euch e. dentum.

Jenny Horn.

Literarisches.

Das Heft 50 der Glode enthält folgende Artikel: Dr. Paul Venig, M. d. R.: Generaldebatte. Hermann Wendel, M. d. R.: Die Wiederherstellung Serbiens. Heinrich Cunow: Englands Siegesanleihe. Arno Franke: Brinsig und Latif. Franz Dieberich: Bafaroff und Solomki. Otto Hiale: Die Kub.

Von der Neuen Welt ist fobden das 23. Heft vom 1. Band des 35. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sozialdemokratische und nationalliberale Taktik. Von A. Kautsky. — Verstein und die Schuldfrage. Von Eduard David. (Fortsetzung.) — Flektizitäts-Staatsbetrieb in Sachsen. Von Hans Bloch (Schluß). — Um unfre Jungen. Von Karl Schröder. — Literarische Rundschau: Professor Dr. H. Landmann, Der schweizerische Kapitaleport. Von Sp.

Adressen-Änderungen.

Jannowig. Dorf. u. Raff.: R. Leifer, Fischbach im Kleinen-gebirge.
Ehemalig. Dorf. u. Raff.: Anton Walbau, Gaisstr. 5, II.
Roth a. S. Dorf.: Hans Vogel, Rothauracher Straße 76.
Raff.: Georg Scholter, Traubengasse 98.

Anzeigen

Steinmehlen auf Granit
bei hohem Lohn in dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Hans Wieser, Roth b. Nürnberg.

2-3 tüchtige Steinmetzen
auf sofort bei hohem Lohn für dauernde Beschäftigung gesucht.
Heilmann & Brassard, Osnabrück.

Steinmetz für echten Muschellust u. Kunstfertigkeit
der auch Schrift hauen kann, für dauernde Arbeit bei hohem Lohn sofort gesucht.
Brück & Stoerner, Lübeck.

1-2 tüchtige Schrifthauer
haben sofort bei hohem Lohn dauernde Stellung. Solche, die auch Schrift zeichnen können, erhalten den Vorzug. Lebenshaltung. Kriegsbefähigte nicht ausgeschlossen. Gest. Angebote unter Angabe der Ansprüche erbitten.
Heilmann & Brassard, Osnabrück.

Tücht. Werkzeugschmied
auf Steinmetz-Werkzeug, militärfrei, stellt sofort ein
G. Fischer Nachf., Berlin O
Kleine Auguststr. 11a.

Im Felde gefallen

- And nachfolgende Kollegen:**
- Fritz Tanneberg, 23 Jahre alt, aus der Zahlstelle Bülow.
 - Friedrich Schmidt (Weissenstadt), 26 Jahre alt, im Urlaub verunglückt; Fritz Flechs (Weissenstadt), 23 Jahre alt; Karl Flechschmidt (Weissenstadt), 24 Jahre alt; Georg Penader (Weissenstadt), 42 Jahre alt; Karl Kögler (Weissenstadt), 20 Jahre alt; sämtlich aus der Bezirkszahlstelle Schwabengrün.
 - Karl Ostermeyer, 28 Jahre alt, aus der Zahlstelle Eismach.
 - Gustav Altus, 44 Jahre alt, aus der Zahlstelle Adolphshaus.
 - Hugo Alfred Schmidt, 30 Jahre alt, aus der Zahlstelle Riedberg.
 - Paul Leopold, 26 Jahre alt, aus der Zahlstelle Gersgäu.
 - Joseph Kopp, 43 Jahre alt, aus der Zahlstelle Neubrunn.

Ehre ihrem Andenken!
(Wir ersuchen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesangelegensformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuhandelt werden.)
In Frankfurt a. M. am 14. Februar der Sandsteinmetz Adam Metzler, 39 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Striegau am 19. Februar der Plastersteinmetz Heinrich Schmidt, 53 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Nieson (Württemberg) am 28. Februar der Sandsteinmetz Jakob Windmüller, 42 Jahre alt, an der Brustkrankheit.
In Pöna am 28. Februar der Sandsteinmetz Max Sahre, 40 Jahre alt, an Lungenerkrankung.
In Lütze a. Werra am 4. März der Sandsteinmetz Wilhelm Uhde, 57 Jahre alt, an Brustleiden.
In Raudersbader am 5. März der Raltsteinmetz Kaspar Knorr II, 17 Jahre alt, an Herzkrankung.
In Dresden am 7. März der Sandsteinmetz Joseph Fink, 55 Jahre alt, an Herzkrankung.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: Paul Starke, Reichs-Verlag von Paul Starke in Pöna.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.